

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Keine grundsätzliche Ablehnung?

Die Presse der Rechten sieht bereits eine Regierungsbildung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie werden. Nach ihren Versicherungen haben Zentrum und Demokraten bei den Besprechungen beim Reichskanzler zwar Bedenken geäußert, ob sich angesichts der Bedingungen, die unsere Partei in dem Antwortschreiben an die Rechtssozialisten gestellt hat, eine Verständigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielen lassen werde. Aber beide Parteien sollen keine grundsätzliche Ablehnung ausgesprochen haben und das genügt, um die Rechte sehr bedenklich zu machen.

Die Herren von rechts beunruhigen sich umsonst. Wenn die Demokraten und das Zentrum klug genug sind, keine grundsätzliche Ablehnung auszusprechen, so werden sie doch durch die Art ihrer Bedingungen das erzielen, was auch durch eine grundsätzliche Ablehnung nur erzielt werden könnte, die Verhinderung der Koalitionsverbreiterung nach links. Ein Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Regierung ist, davon sind wir überzeugt, keine praktische Frage. Sie war es nicht vor Görlitz — sie wird es noch viel weniger nach Görlitz sein, dafür haben die Rechtssozialisten in ihrer Schläue gesorgt.

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Verhandlungen, die gestern beim Reichskanzler wegen der Regierungsbildung im Reich stattfanden, haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Sie sollen in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Inzwischen wünschen die beteiligten Parteien von den Industrie- und Handelsbetrieblern nähere Einzelheiten über ihr finanzielles Interesse an der Regierung zu erfahren. Der Briefwechsel zwischen SPD. und USPD. hat gestern die Besprechungen beeinflusst und es wurde auch die Frage gestellt, welche Haltung Zentrum und Demokraten zu der Antwort der USPD. einnehmen. Wahrscheinlich werden jetzt die Dinge so laufen, daß die SPD. die Fragen der USPD. an die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien weitergibt, die dann Stellung zu nehmen haben. Wie man hört, ist es nicht ausgeschlossen, daß diese bürgerlichen Gruppen an die Unabhängigen die Gegenfrage richten wollen, ob sie bereit seien, mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung einzutreten. Die Antwort, die die Unabhängigen ihnen geben werden, liegt auf der Hand.

Berliner Morgenblätter berichten weiter noch über die Verhandlungen:

Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der Unabhängigen wurde weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. In dieser Angelegenheit wird die Sozialdemokratie schriftlich eine Anfrage an die beiden anderen Koalitionsparteien richten, auf die diese dann mit einer schriftlichen Erklärung antworten werden. Auch die Deutsche Volkspartei soll über diesen Punkt befragt werden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden darauf auf nächste Woche vertagt.

Die Besprechungen beim Ministerpräsidenten Stegerwald über die Frage der Regierungsbildung in Preußen haben ebenfalls kein positives Ergebnis gehabt. Es wurde beschlossen, daß jede Fraktion ihre Grundzüge für die weiteren Verhandlungen und ihre Forderungen an die künftige Regierungspolitik schriftlich formulieren soll. Darauf soll dann darüber in neuen Besprechungen der Fraktionsführer mit dem Ministerpräsidenten Stegerwald, die am nächsten Donnerstag stattfinden sollen, beraten werden.

Eine ganz merkwürdige Auslegung gibt die Leipziger Freie Presse dem Antwortschreiben der Zentralkommission und der Reichstagsfraktion der USPD. Das Blatt schreibt:

„Die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt sich bereit zu einer Regierungsbildung mit allen Parteien, also auch mit der Deutschen Volkspartei, die ihre Bedingungen unterschreiben.“

Wie die Freie Presse zu dieser unsinnigen Folgerung kommt, die unsres Wissens sonst kein anderes Blatt aus dem Schreiben unsrer Zentralkommission gezogen hat, ist uns unverständlich. Selbstverständlich denkt niemand in der USPD. an eine Regierungsbildung mit der Stinnespartei.

## Gegen die neue Koalition.

Volksparteiliche Forderungen nach Wendung der Außenpolitik.  
Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Freiheit wirft Genosse Breitscheid die Frage auf, ob ein neuer Wechsel in der Außenpolitik bevorstehe. Anknüpfend an die Rede Noblemaitres in Genf führt er aus, daß es neben einem Frankreich des unverständlichen Nationalismus ein anderes gebe, in dem Vernunft und Verständigungswille erwache. Nur der, der die Bedeutung verkenne, die die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für den Frieden der Welt und die Wiederherstellung Europas hätten, werde diese Tatsache gering einschätzen. Nur wer da glaube, wir könnten die Kunst, die zwischen uns und den Franzosen bestehe, unüberbrückbar lassen, dürfe sich gegen eine Politik wenden, die das Zustandekommen eines erträglichen Verhältnisses zwischen dem deutschen und dem französischen Volk als vornehmste Aufgabe betrachten. Genosse Breitscheid weist dann auf mehr oder weniger offene Angriffe hin, die aus dem Lager der bürgerlichen Beschwörer der neuen Koalition neuerdings gegen die Außenpolitik Wirths gerichtet worden sind und zitiert insbesondere volksparteiliche Äußerungen, die zu einer Abkehr von der Erfüllungspolitik und zu einer Anlehnung an England mahnen. Er stellt alsdann im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte der neuen Koalition fest, daß die Wünsche von halbamtlichen und amtlichen englischen Stellen nicht ohne Einfluß geblieben seien. Breitscheid erklärt, daß eine Wendung, wie sie sich hier vorbereiten scheint, verhängnisvoll sein würde. Die Wirkung, die einem Versuch, mit England antifranzösische Politik zu treiben, folgen müßte würde ungeheuer sein. „Wir hoffen von der Einsicht der Franzosen, daß sie schließlich die Unmöglichkeit der uns auferlegten Bedingungen erkennen, aber dieser Prozeß würde nur erschwert werden, wenn in Paris der Eindruck entstände, daß Deutschland seine Zuversicht auf antifranzösische Stimmung in London setze. Alles spricht gegen einen Wechsel des bisherigen Systems und auch aus diesem Grunde haben wir also Anlaß, der neuen Koalition mit dem größten Mißtrauen entgegenzusehen.“

## Die Staatsaktion von Danzig.

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unter gewaltigem Andrang des Publikums begann gestern vor dem Schwurgericht in Danzig der Prozeß gegen die kommunistischen Volkstagsabgeordneten Kahn und Schmidt, die angeklagt sind wegen Vergehens gegen den § 105 des Strafgesetzbuchs, der mit Zuchthaus oder Festung bis zu fünf Jahren, diejenigen bedroht, die es unternehmen, ein Parlament auseinanderzusprennen oder zur Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen. Es sind 103 Zeugen geladen, darunter der größte Teil der Volkstagsabgeordneten und Senatoren, die jener Sitzung, in der die Verhaftung erfolgte, beigewohnt haben. Die Verteidigung der Angeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld übernommen. Der Prozeß ist deswegen interessant, weil es in der Geschichte des Parlamentarismus der erste Fall sein dürfte, in dem auf Grund der erwähnten Strafvorschrift gegen Parlamentarier eingeschritten wird.

## Die Beziehungen zu Sowjetrußland.

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein Berliner Abendblatt brachte gestern die Nachricht, daß der Leiter der russischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Frhr. v. Malchahn, demnächst eine andre Verwendung im diplomatischen Dienst finden werde. Das Blatt sagte, daß diese Personalveränderung auch einen gewissen Wechsel unsres politischen Kurses gegenüber Sowjetrußland bedeutet und daß nach den geringen Ergebnissen der bisherigen handelspolitischen Annäherung in Zukunft Moskau gegenüber größere Zurückhaltung üben werde. Wie die Volkszeitung erfährt, trifft es zu, daß Frhr. v. Malchahn demnächst seinen bisherigen Posten verlassen und eine Stellung im diplomatischen Auslandsdienst antreten wird. Die Gründe seien aber durchaus persönlicher Natur und hätten nichts mit einem politischen Frontwechsel in den russischen Fragen zu tun.

## Bildung des Ueberwachungsausschusses für die Ein- und Ausfuhr.

Berlin, 4. Oktober. (U.) Am 10. Oktober d. J. findet in Koblenz eine Konferenz zur Bildung des Ueberwachungsausschusses der deutschen Ein- und Ausfuhr statt, dem Deutschland bereits zugestimmt hat. Die Einladungen zu dieser Konferenz ergehen von dem Präsidenten des Sachverständigenkomitees. Von deutscher Seite nehmen unter Führung des Geheimen von Lucius acht Vertreter an diesen Verhandlungen teil, darunter je ein preussischer, bairischer und hessischer Vertreter.

## Das Reichshabineff für Ratifizierung des Wiederaufbauabkommens.

Berlin, 4. Oktober. Das Reichshabineff beriet gestern über das Wiederaufbauabkommen und sprach sich dem Tageblatt zufolge nach einem Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau für die Ratifizierung des Abkommens aus. Heute vormittag wird sich der auswärtige Ausschuß des Reichstags mit dieser Angelegenheit befassen.

## Gestörte Feler des Stahlhelmbundes.

Jena, 4. Oktober. Zu schweren Ausschreitungen kam es am Sonntag in Erfurt anläßlich des Stiftungsfestes des Stahlhelmbundes. Der geplante Umzug war polizeilich verboten worden. Als sich am Sonntag vormittag Mitglieder im Rheinischen Hof versammelt hatten, drangen Kommunisten in das Lokal ein und mißhandelten die Stahlhelm-Leute.

## Der geplante Steuerraubzug.

### IV. Die unzulänglichen Besitzsteuern.

Als im Jahre 1919 Erzbergers Pläne zur Steuerreform bekannt wurden, erhoben die Besitzenden ein großes Geschrei über die geplante scharfe Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung. Sie zeternten über die „Konfiskation der Vermögen“, über den „Ruin der Wirtschaft“ und dergleichen Schreckliches mehr. Nechliche Klagelieder haben die Besitzenden Kreise zwar stets angekündigt, aber die Erzbergerschen Steuerpläne konnten ihnen damals tatsächlich Anlaß zu Besorgnissen um ihre fetten Kriegsgewinne geben. Mit 60 Prozent sollte das Reineinkommen von 1919, mit 80 Prozent der Vermögenszuwachs besteuert werden. Von dem dann noch verbleibenden Vermögen sollten 65 Prozent durch das Reichsnotopfer eingezogen werden und für die Einkommensteuer waren Steigerungen bis zu 60 Prozent vorgesehen. Es wurde berechnet, daß auch den größten Kriegsgewinnern nicht viel mehr als 150 000 M. von ihren Kriegsgewinnen übrig bleiben würden. Wie wir heute wissen, ist von all den Voraussetzungen nichts eingetroffen, weil diese Besitzsteuern zum größten Teil nur auf dem Papier stehen, aber nicht erhoben worden sind. Soweit die Besitzsteuern und Abgaben überhaupt eingezogen worden sind, haben die Kapitalisten die Ausfälle durch Abwälzung der Steuern und durch die im Zusammenhang mit der inzwischen eingetretenen Geldentwertung erzielten Riesengewinne wettgemacht. Die Vermögen sind nicht zusammengeschnitten, sondern in ganz ungeheurer Weise gewachsen, und trotz der angeblichen „Vermögenskonfiskation“ durch die Erzbergersche Steuerreformgebung kann die Reichsregierung jetzt neue Besitzsteuern in Vorschlag bringen. Bezeichnenderweise unterläßt es die Regierung, über die Erträge der hauptsächlichsten geplanten Besitzsteuern auch nur schätzungsweise Angaben zu machen. Das ist begreiflich, denn die vorerwähnte Befragung des Besitzes ist angesichts der von den Kapitalisten eingeholten Gewinne, die die Regierung selbst als riesenhaft bezeichnet, lächerlich gering.

Ueber die Kapitalverkehrssteuer und die Körperschaftsteuer braucht überhaupt nicht viel gesprochen zu werden. Durch die Kapitalverkehrssteuer, die nach der Umänderung 900 Millionen Mark mehr einbringen soll, sollen „alle der Kapitalbildung dienenden Vorgänge“ mit einer Abgabe belastet werden. Betroffen werden insbesondere die Gründung neuer Aktiengesellschaften, die Herausgabe von Aktien, Geschäftsanteile, Wertpapiere und die Geschäftsvorgänge an der Börse. Die Steuerhöhe, soweit sie geändert werden, sind trotz der Erhöhung immer noch so niedrig, daß die Steuer gegenüber den Riesengewinnen, die gerade in der jetzigen Zeit bei den Geschäften an der Börse gemacht werden, gar nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Die Körperschaftsteuer, die die Einkommen der Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw.) besteuert, beträgt jetzt 10 Prozent des Geschäftsgewinns, wozu noch ein Aufschlag kam, der nach dem Verhältnis des Ertrages zum Kapital abgestuft war. Nach dem neuen Entwurf soll nun der Geschäftsgewinn einheitlich mit 30 Prozent festgesetzt werden. Neben dieser Verschärfung bringt der Entwurf aber auch wesentliche Erleichterungen für die Gesellschaften, über die in einem Artikel des Berliner Tageblattes, also eines sachverständigen Kapitalistenorgans, gesagt wird: „Wenn man genauer hinsieht, kann man vielleicht sogar zu der Ansicht kommen, daß ihnen (den Gesellschaften) mehr gegeben als genommen wird.“ Mit diesem Artikel eines Kapitalistenblattes dürfte diese „Besitzsteuer“ genügend gekennzeichnet sein. Selbstverständlich werden die Kapitalisten außerdem eine eintretende Mehrbelastung in ihre Preiskalkulationen mit einstellen und so die Steuer ganz von sich abwälzen.

Das eigentliche Kernstück der Besitzsteuern bildet die Vermögenssteuer, die an die Stelle des Reichsnotopfers treten soll. Das Reichsnotopfer war nach den Worten des ehemaligen Reichsfinanzministers Erzberger als ein „Sühnopfer für die Sünden des mammonistischen Geistes“ gedacht. Nach den ungeheuren Opfern an Blut und Leben, die die Volksmassen im Kriege gebracht hatten, sollte nun die besitzende Klasse Opfer an Gut bringen, um der schweren Not des Reiches zu steuern. Das Reichsnotopfer sollte eine Ablieferung eines Teils des Vermögens an das Reich sein. Schon damals wurde aber den Ablieferungspflichtigen die Möglichkeit gegeben, das „Opfer“ in langfristigen Raten — bis zu 30 Jahren — abzutragen. Damit war von vornherein die Möglichkeit gegeben, die Zahlungen nicht aus dem Vermögensstock, sondern aus den laufenden Einnahmen zu leisten. Das Notopfer verlor damit den Charakter einer einmaligen Vermögensabgabe und wurde zu einer Art Einkommensteuer, die der Kapitalist bei seinen Berechnungen mit berücksichtigen, also abwälzen konnte. Später hat man dann beschlossen, daß ein Drittel